

Antrag 187/I/2025**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion (Konsens)****Unterbringung für Geflüchtete in der Soorstraße: Herausforderungen gemeinsam lösen, Solidarität leben**

1 Im Zuge der vom Senat geplanten notwendigen dezentra-
 2 len Unterbringung von Menschen mit Fluchthintergrund
 3 kommt auch auf unseren Bezirk eine herausfordernde
 4 Aufgabe zu: In der Soorstraße in Westend soll eine große
 5 Unterkunft für ca. 950 geflüchtete Menschen entstehen.
 6 Wir sind uns bewusst, dass dieses Vorhaben Anwohnende
 7 und die örtliche, soziale Infrastruktur vor große Herausfor-
 8 derungen stellen wird. Dazu wissen wir auch aus Gesprä-
 9 chen mit Anwohnenden oder sozialen Trägern, dass Sor-
 10 gen vorhanden sind im Hinblick auf die Verträglichkeit für
 11 den Kiez und die soziale Infrastruktur.

12

13 Dennoch: Als SPD Charlottenburg-Wilmersdorf sind wir
 14 davon überzeugt, dass die Unterbringung der Geflüchte-
 15 ten in der Soorstraße erfolgreich gelingen kann. Dafür for-
 16 dern wir:

- 17 1. Die Unterkunft in der Soorstraße muss eine Gemein-
 18 schaftsunterkunft werden, keine Erstaufnahmeein-
 19 richtung.
- 20 2. Eine transparente Kommunikation und enge Ab-
 21 stimmung von Senat, LAF und der BIM mit dem Be-
 22 zirk, der Nachbarschaft sowie ansässigen Initiativen
 23 und Vereinen, einschließlich einer frühzeitigen In-
 24 formationsveranstaltung in Abstimmung mit dem
 25 Bezirk.
- 26 3. Die Finanzierung von bedarfsgerechter Infrastruk-
 27 tur, wie z.B. Angebote zur Sprachförderung, Schul-
 28 klassen, Kitaplätze, medizinischer Versorgung, aus-
 29 reichend Sportflächen im Umfeld, muss vom Senat
 30 übernommen werden.
- 31 4. Erfolgreiche Integration gelingt nur, wenn Begeg-
 32 nung stattfindet. Hierfür braucht es in und um die
 33 Unterkunft herum Flächen für ehrenamtliches En-
 34 gagement und Begegnung mit der Nachbarschaft.
- 35 5. Die Sicherheit vulnerable Gruppen in der Unterkunft
 36 muss gewährleistet werden (durch z.B. Türspione
 37 und ein gutes Schließsystem).
- 38 6. Ausreichend Rückzugsflächen für die Bewohner:in-
 39 nen müssen mitgedacht werden.
- 40 7. die Unterkunft perspektivisch planungsrechtlich so
 41 abzusichern, dass die entstehenden Wohnungen
 42 auch für den freien Wohnungsmarkt und weitere
 43 Zielgruppen wie Studierende oder Auszubildende
 44 zur Verfügung stehen.

Im Zuge der vom Senat geplanten notwendigen dezentra-
 len Unterbringung von Menschen mit Fluchthintergrund
 kommt auch auf unseren Bezirk eine herausfordernde
 Aufgabe zu: In der Soorstraße in Westend soll eine große
 Unterkunft für ca. 950 geflüchtete Menschen entstehen.
 Wir sind uns bewusst, dass dieses Vorhaben Anwohnende
 und die örtliche, soziale Infrastruktur vor große Herausfor-
 derungen stellen wird. Dazu wissen wir auch aus Gesprä-
 chen mit Anwohnenden oder sozialen Trägern, dass Sor-
 gen vorhanden sind im Hinblick auf die Verträglichkeit für
 den Kiez und die soziale Infrastruktur.

Dennoch: Als SPD Charlottenburg-Wilmersdorf sind wir
 davon überzeugt, dass die Unterbringung der Geflüchte-
 ten in der Soorstraße erfolgreich gelingen kann. Dafür for-
 dern wir:

1. Die Unterkunft in der Soorstraße **soll** eine Gemein-
 schaftsunterkunft werden, keine Erstaufnahmeein-
 richtung.
2. Eine transparente Kommunikation und enge Ab-
 stimmung von Senat, LAF und der BIM mit dem Be-
 zirk, der Nachbarschaft sowie ansässigen Initiativen
 und Vereinen, einschließlich einer frühzeitigen In-
 formationsveranstaltung in Abstimmung mit dem
 Bezirk.
3. Die Finanzierung von bedarfsgerechter Infrastruk-
 tur, wie z.B. Angebote zur Sprachförderung, Schul-
 klassen, Kitaplätze, medizinischer Versorgung, aus-
 reichend Sportflächen im Umfeld, muss vom Senat
 übernommen werden.
4. Erfolgreiche Integration gelingt nur, wenn Begeg-
 nung stattfindet. Hierfür braucht es in und um die
 Unterkunft herum Flächen für ehrenamtliches En-
 gagement und Begegnung mit der Nachbarschaft.
5. Die Sicherheit vulnerable Gruppen in der Unterkunft
 muss gewährleistet werden (durch z.B. Türspione
 und ein gutes Schließsystem).
6. Ausreichend Rückzugsflächen für die Bewohner:in-
 nen müssen mitgedacht werden.
7. die Unterkunft perspektivisch planungsrechtlich so
 abzusichern, dass die entstehenden Wohnungen
 auch für den freien Wohnungsmarkt und weitere
 Zielgruppen wie Studierende oder Auszubildende
 zur Verfügung stehen.